

„Große gesellschaftliche Herausforderungen“. Zum Papier des Wissenschaftsrats und zur Theorie des Wissenschaftssystems

Rudolf Stichweh, Februar 2016¹

Rudolf Stichweh, Forum Internationale Wissenschaft, Universität Bonn, Heussallee 18-24, D-53113 Bonn, rstichweh@yahoo.de, <https://uni-bonn.academia.edu/StichwehRudolf>, <https://twitter.com/RudolfStichweh>

Wissenschaft ist ein autonomes, globales Funktionssystem der modernen Gesellschaft, das in den letzten Jahrzehnten in für frühere Phasen gesellschaftlicher Entwicklung unvorstellbare Größenordnungen hineingewachsen ist. Ich will diese Größenordnungen nur mit einer einfachen Zahl illustrieren. Die Plattform, die auch ich für die Mitteilung wissenschaftlicher Manuskripte und Papers nutze, Academia.edu, verzeichnet an dem Tag, an dem ich dies schreibe, 31.969.768 eingetragene Nutzer. Die Zahl der individuellen Besucher im Monat liegt etwas höher, bei 36 Millionen. Wenn man bedenkt, dass es mindestens drei bis vier vergleichbare Plattformen gibt und dass eine aktive Partizipation an Wissenschaft selbstverständlich auch ohne Nutzung dieser Plattformen möglich ist, scheint eine Schätzung nicht unrealistisch, dass es gegenwärtig in der Welt mindestens 100 Millionen Menschen gibt, die als Autoren (und Forscher) und als Leser wissenschaftlicher Papiere am Wissenschaftssystem partizipieren. Das wäre, wenn es zutrifft, eine große Zahl, 1,5% der Erdbevölkerung, deutlich größer als die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und ungefähr der Zahl der Mitglieder der Kommunistischen Partei Chinas entsprechend.

Die erreichte Größenordnung hat angebbare Konsequenzen für das Binnengeschehen und für die Außenbeziehungen der Wissenschaft der Gesellschaft. In der Binnenanalyse wird man eine sich in der Moderne auf der Basis der Größenordnungen enorm beschleunigende Dynamik des Fortschreitens der Wissenschaft identifizieren, die sich in einem die Wissenschaft konstituierenden ‚milieu interne‘ disziplinärer und interdisziplinärer Prozesse vollzieht, in der unablässig wissenschaftliche Probleme aufgeworfen und gelöst werden und diese Problemformulierungen und -lösungen laufend die Produktion weiterer und neuer wissenschaftlicher Probleme nach sich ziehen.

¹ Beitrag für die Konferenz ‚Die Freiheit und Relevanz der Wissenschaft‘, Ethik Forum der Universität zu Köln, 3. Februar 2016.

Zugleich kann eine in diese Größenordnung und innere Komplexität hineingewachsene Wissenschaft nicht mehr als ein System verstanden werden, das nur eine kleine Nische gesellschaftlicher Kommunikation besetzt und das in dieser Nische weitgehend von anderen (außerwissenschaftlichen) Funktionen und Relevanzen absehen kann. Vielmehr scheint unabweisbar, dass unter gegenwärtigen Bedingungen der Produktion von Wissenschaft von außen an das Wissenschaftssystem adressierte Erwartungen aufgenommen und irgendwie berücksichtigt werden müssen.

Welche externen Erwartungen sind dies, die nicht einfach negiert werden können, sondern den Prozeß der Strukturbildung im Wissenschaftssystem auf relevante Weise beeinflussen: Drei Typen von Erwartungen sollte man sinnvoll unterscheiden. In sozialer Hinsicht geht es um Inklusionserwartungen, also um Fragen einer möglichst breiten Beteiligung vieler Adressen in den vielfältigen Inklusionsrollen, die vor dem Hintergrund sozialer Inklusionserwartungen im Wissenschaftssystem entstehen (an dieser Stelle reden wir über 7 Milliarden und nicht mehr über 100 Millionen Menschen). In temporaler Hinsicht handelt es sich um Erwartungen der Synchronisation wissenschaftlichen Geschehens mit Zeithorizonten, die anderswo in der Gesellschaft relevant werden. Temporale Erwartungen werden u.a. mittels der weitgehenden Projektförmigkeit moderner Wissenschaft bearbeitet, die die Frage impliziert, in welchen Zeiträumen wissenschaftliche Projekte evaluiert und abgeschlossen werden sollen. Drittens gibt es gesellschaftliche Erwartungen hinsichtlich der sachlichen Adäquität der im Wissenschaftssystem bearbeiteten Probleme. Treffen diese wissenschaftlichen Problemlagen mit gesellschaftlichen Problemverständnissen zusammen, die in anderen gesellschaftlichen Funktionszusammenhängen jenseits der Wissenschaft wahrgenommen und formuliert werden? Hier geht es um die sachliche Responsivität der Problemstellungen des Wissenschaftssystems - und es ist der Problembegriff (wie vorher der Projektbegriff), der in diesem Fall die Verknüpfungen zwischen der Wissenschaft und den Systemen in ihrer Umwelt formuliert. Es ist dieser dritte Typus von Erwartungen, mit dem wir zu tun haben, wenn wir über „Große gesellschaftliche Herausforderungen“ sprechen. Es soll sich bei diesen „Grand Challenges“ um gesellschaftliche Probleme handeln, die kritische Schwellen oder Engpässe weiterer gesellschaftlicher Evolution identifizieren und diese Probleme sollen folgenreich in die Problemstruktur wissenschaftlicher Forschung übersetzt werden und als übersetzte Probleme die Problemwahl der Wissenschaft steuern.

Aber wer weiß, welche Sachprobleme wirkliche und wichtige gesellschaftliche Probleme sind? Wer hat die Definitionsmacht für die Identifikation und Beschreibung des einzelnen Problems und wer steuert die Auswahl unter den vielen in Frage kommenden Problemen? Es handle sich um „problems that society recognizes as central“² ist eine der Formeln, die das Papier des Wissenschaftsrats zitiert - und diese Formel eignet sich zur Offenlegung von Schwierigkeiten. Ich möchte diese Formel deshalb als Ausgangspunkt einer knappen prüfenden Diskussion benutzen, die sechs Schwierigkeiten und Gefahren erwägt, die bei kritischer Lektüre des Papiers des Wissenschaftsrats sichtbar werden.

² Wissenschaftsrat 2015, Zum wissenschaftspolitischen Diskurs über Große gesellschaftliche Herausforderungen, Positionspapier, S. 9.

1 Die Pluralität der Beobachter

Es ist zunächst einmal zu betonen, dass die Gesellschaft selbst keine Probleme beobachtet. Zwar findet alle Beobachtung von Problemen in der Gesellschaft statt, aber dieses System selbst und seine vereinheitlichende Wirkung machen sich nicht in der Form bemerkbar, dass es als Beobachter der eigenen Probleme auftritt. Also haben wir mit einer unhintergehbaren Pluralität und einer sehr großen Zahl von Beobachtern zu tun. Es ist denkbar, die Beobachter nach Funktionssystemen zu sortieren und, wenn man dies tut, tritt die Irreduzibilität einer Heterogenität von Beobachtungen um so deutlicher vor Augen, und es drängt sich die Bemerkung auf, dass es innerhalb der Gesellschaft keine Rechtfertigung dafür geben kann, einen dieser funktionssystemischen Beobachter gegenüber anderen zu privilegieren und diesem einen privilegierten Beobachter das Recht zu konzederen, über den Katalog „großer gesellschaftlicher Herausforderungen“ für alle anderen Beobachter zu entscheiden und auf der Basis dieser Entscheidung gewissermaßen das Wissenschaftssystem mit der Lösung dieser Probleme zu beauftragen. Das gilt auch für die Politik. Diese entscheidet zweifellos über ihre eigene Sicht der Gesellschaft und darüber, welche gesellschaftlichen Probleme sie als Politik zu lösen versuchen will. Sie tut dies als demokratische Politik mit wechselnden Perspektiven und Definitionen und mit variierenden Vorstellungen hinsichtlich der Reichweite der Politik und diese Instabilität der politischen Problemdefinitionen ist eine zwangsläufige und eine gewollte Implikation von Demokratie als einem System des jederzeit möglichen Machtwechsels. Aber vor diesem Hintergrund erscheint es sowohl als unklug wie auch als schwer zu rechtfertigen, wenn die Politik sich so versteht, dass sie über einen Katalog „großer gesellschaftlicher Herausforderungen“ die Wissenschaft zu steuern versucht. Das würde die irreduzible Pluralität der Beobachtungsperspektiven verkennen.

2. Die Überzentralisierung der Wissenschaftspolitik

Die gesellschaftsgeschichtliche Situation der Gegenwart hat die Vorstellung einer zentralisierten Steuerung der Wirtschaft mittels extern eingeführter Planungsimperative verabschiedet. Nahezu alle Länder vertrauen sich heute dem dezentralisierten Suchprozeß der Marktwirtschaft an. Ähnliches gilt für Politik, soweit es sich um demokratische Politik handelt, die gleichfalls auf einer sich laufend verschiebenden Pluralität der Interessenartikulationen ruht. Nur der politische Autoritarismus geht teilweise einen anderen Weg, obwohl selbst im besonders selbstbewußten chinesischen Beispiel auffällt, dass die nationale Politik gern mit hochgeneralisierten, sloganartigen Programmen steuert, die regional interpretationsbedürftig sind und deshalb auf den vielen Ebenen regionalen und lokalen Regierens variierend implementiert werden. In dieser Perspektive kann man den Diskurs über „große gesellschaftliche Herausforderungen“ auch als das Weiterwandern einer Steuerungsvorstellung verstehen, die sich anderswo nicht bewährt hat. Es steht völlig außer Frage, dass die Problemstellungen, die im Wissenschaftssystem untersucht werden, immer auch mit Tausenden von gesellschaftlichen Problemen zu tun haben, so dass auch die Wissenschaft in den Tausenden oder Zehntausenden von Projekten, die im Wissenschaftssystem jeden Tag beginnen, einen dezentralisierten Suchprozeß verkörpert, in dem außer wissenschaftlicher Relevanz und Bearbeitungsfähigkeit sehr häufig auch

gesellschaftliche Relevanz und vermutete Lösungsfähigkeit (des gesellschaftlichen neben dem wissenschaftlichen Problem) eine motivierende Rolle spielt.

Die gerade beschriebene Situation wirft die Frage auf, wie man Wissenschaftspolitik treiben sollte. Wissenschaftspolitik kann sich - und hat dies vielfach auch getan - darauf beschränken, wissenschaftliche Institutionen und Fördermechanismen einzurichten und diese mit Mitteln auszustatten, aber sich aus der Benennung von Problemstellungen herauszuhalten, gerade weil sie die Konkurrenz von Projektideen um Mittel ihrerseits als ein Entdeckungsverfahren versteht, in welchem laufend auch gesellschaftliche Problemstellungen, ihre Relevanz und ihre Lösungsfähigkeit auf der Basis erwarteter Projektergebnisse mit zur Diskussion stehen - und weil sie gerade dies als einen Lernvorgang versteht, der für die Politik fruchtbarer wird, wenn sie sich zunächst einmal heraus hält. Demgegenüber droht die politische Fokussierung auf „große gesellschaftliche Herausforderungen“ eventuell eine Überzentralisierung der Wissenschaftspolitik mit sich zu bringen. Die Risiken liegen auf der Hand. Es kann passieren, dass die Politik die Wissenschaft mit einer ideologisierten Semantik überzieht (die Semantik der „sustainability“ ist dafür ein gutes Beispiel), die in keinem Verhältnis zu den Realitäten der unter diesen semantischen ‚Labels‘ laufenden Forschung steht. Das ist deshalb problematisch, weil es oft in einen Konflikt mit einer ernsthaften szientifischen Evaluation der betreffenden Projekte gerät. Und es kann als eine Folge einer Überzentralisierung der Wissenschaftspolitik dazu kommen, dass in den präferierten Forschungsbereichen so viele Ressourcen investiert werden, dass der Grenznutzen der Forschung in diesen schnell abnimmt, während andere fast genauso bedeutsame Fragestellungen sowohl wissenschaftlich wie auch in den gesellschaftlichen Handlungsanschlüssen vernachlässigt werden.

3. Die Verantwortung der Wissenschaft

Die vorstehenden Überlegungen haben bereits deutlich gemacht, dass die Rolle wissenschaftlicher Forschung für die Gesellschaft sich nicht darin erschöpft, dass die Wissenschaft zur „Bewältigung“ gesellschaftlicher Probleme mittels wissenschaftlicher Forschung beiträgt, der Bewältigung von Problemen, die der Wissenschaft in ihrer Bedeutsamkeit und in der Erkenntnis ihrer gesellschaftlichen Bedeutsamkeit von außen aufgegeben sind. Im Unterschied zu dieser Vorstellung verhält es sich in Wirklichkeit so, dass ein nicht kleiner Teil wissenschaftlicher Forschung teils absichtsvoll, teils absichtslos an der Identifikation und der Bestimmung der Relevanz gesellschaftlicher Probleme arbeitet. Die Wissenschaft ist eine gesellschaftliche Problemerkennungsinstanz allererster Ordnung und dass dies so ist, sieht jeder leicht an dem in mancher Hinsicht in seiner Bedeutsamkeit am meisten unumstrittenen (allerdings in der Politik umstrittenen) gesellschaftlichen Großproblem, dem anthropogenen Klimawandel, ein Großproblem, von dessen Existenz wir vermutlich nach wie vor nicht einmal wüßten, wenn es nicht von der Wissenschaft entdeckt und erklärt und in seinen gesellschaftlichen Folgen teilweise antizipierbar gemacht worden wäre.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich in einer ersten Annäherung ein Begriff der gesellschaftlichen Verantwortung der Wissenschaft. Diese gesellschaftliche Verantwortung

besteht nicht darin, dass die Wissenschaft Aufträge im Sinne des ‚puzzle solving‘ ausführt. Das tut sie auch, aber das ist Pragmatik und nicht gesellschaftliche Verantwortung. Verantwortung besteht darin, dass sie für die von ihr erkannten gesellschaftlichen Probleme einsteht, und zwar in der Kompromißlosigkeit des Forschungswillens genauso wie in der Bereitschaft, wenn es erforderlich ist, auch im Widerstand gegen widerstrebende ideologisch oder lobbyistisch gebundene Politik. Dieses Engagement der Wissenschaft und des einzelnen Wissenschaftlers ist dann ein genuin bürgerschaftliches Engagement, also ist es Politik, aber es ist eine Politik, die nicht aus dem zweifellos legitimen Machtstreben des Politikers geboren ist, sondern aus dem Erkenntniswillen der Wissenschaft.

4. Die technologische Reduktion: Die Abwesenheit genuin sozialer Probleme

Vielleicht die größte Schwäche der Diskussion über ‚Grand Challenges‘ ist, dass diese durch einen technologieaffinen Problem- und Lösbarkeitsbegriff bestimmt ist. Es handelt sich zwar angeblich um gesellschaftliche Probleme, aber in Betracht gezogen werden ernsthaft nur Probleme, die einen praktischen Kern in Fragen des Engineering und der angewandten Naturwissenschaften haben. Das führt dazu, dass genuine soziale Probleme ohne Engineering-Komponente, für deren eventuelle Lösung auf der Basis wissenschaftlichen Wissens Natur- und Technikwissenschaften weitgehend irrelevant sind, während man für eventuelle Hoffnungen auf wissenschaftliches Verstehen überwiegend auf Sozial- und Geisteswissenschaften verwiesen ist, für die Kataloge der ‚Grand Challenges‘ gar nicht erst in Betracht gezogen werden.³ Ich nenne einmal einige dieser genuinen sozialen Probleme:

Ungleichheit

Bildungsverständnisse und Fragen der Diffusion von Bildung

Menschenrechte

Rechtssicherheit

Korruption (als das vielleicht wichtigste Problem vieler politischer Regimes)

Diversität der Kulturen und der Sprachen (und des Lebens)

Diese technologische Reduktion des Begriffs der großen gesellschaftlichen Herausforderungen hat der Möglichkeit nach zwei fatale Folgen. Sie wirkt als eine Erkenntnisbegrenzung zurück auf die Politik, die nur noch über einen eingeschränkten Begriff der Probleme verfügt, denen sie sich zuwenden sollte. Zweitens verzerrt sie die Strukturen des Wissenschaftssystems. Weil die Politik nicht versteht, dass es ‚Grand

³ Man sieht dies auch im Papier des Wissenschaftsrats (S. 17), wo den Geistes- und Sozialwissenschaften eher eine subsidiäre Rolle zugeordnet wird: „... sind im Kontext der Bewältigung Großer gesellschaftlicher Herausforderungen neben den Natur-, Ingenieur- und Lebenswissenschaften auch die Sozial- und Kulturwissenschaften ... gefordert“. Bezeichnend sind hier die Attribute „im Kontext“, „neben“, „auch“.

Challenges' gibt, für die sie bestenfalls von den Geistes- und Sozialwissenschaften und nur von diesen Forschungseinsichten erhoffen kann, disbalanciert sie durch unausgewogene Institutionalisierung und Förderung die Strukturen des Wissenschaftssystems zuungunsten der Geistes- und Sozialwissenschaften. Dies ist im schlimmsten Fall eine Art Rückkehr zu jenen Zuständen, die bis 1989 in den sozialistischen Ländern zu beobachten waren, in denen ja gleichfalls gesellschaftliche Fragen weitgehend als Engineering-Fragen gesehen wurden.

5 Die Unerreichbarkeit und Nichtwünschbarkeit konsensorientierter Diskurse

Das Papier des Wissenschaftsrats versucht über eine rein politische Bestimmung „großer gesellschaftlicher Herausforderungen“ hinauszugehen und fordert deshalb, diese „in ergebnisoffenen Diskursen zu identifizieren, in denen der Zugang möglichst offen gestaltet werden soll, so dass eine Pluralität von Akteuren und Positionen beteiligt ist“. Nun ist es zweifellos so, dass neue institutionelle Muster im Zwischenbereich von Wissenschaftssystem und Politik entstehen, die den Umgang mit gesellschaftlichen Problemen auf der Basis wissenschaftlichen Wissens und politischen Entscheidens strukturieren. Aber die Politik bleibt das einzige System kollektiv bindenden Entscheidens, über das die Gesellschaft verfügt und insofern scheint der gesellschaftliche Ort der zitierten ergebnisoffenen Diskurse einigermaßen unbestimmt. Vermutlich handelt es sich bei ihnen um Formen der Einwirkung der politischen Öffentlichkeit auf die Entscheidungsprozesse des politischen Systems. Aber das, worum es sich aller Wahrscheinlichkeit nach nicht handeln kann, ist eine zweite Form kollektiv bindenden Entscheidens, die gewissermaßen neben das kollektiv bindende Entscheiden durch die politischen Kerninstitutionen tritt. Es gibt nicht ein ‚gesellschaftliches bindendes Entscheiden‘, das neben das ‚politische bindende Entscheiden‘ tritt. Eine solche Duplikation des Entscheidens hätte einen revolutionären (räterepublikanischen) Charakter und wäre allenfalls als revolutionärer Anspruch der Ablösung einer verbrauchten Form der Politik vorstellbar. Aber selbst wenn eine solche Duplikation (oder Verlagerung) der Zuständigkeiten des Entscheidens über große gesellschaftliche Herausforderungen erreichbar wäre und von der Politik toleriert würde (was alternativ zu Revolution eine Art Rückzug der Politik aus einem Entscheidungsbereich bedeuten würde), wäre sie aus der Sicht des Wissenschaftssystems wohl nicht wünschbar, weil es für die Wissenschaft genügt, wenn die Politik sie mit Gestaltungsabsichten überzieht. Aus der Sicht des Wissenschaftssystems ist eine dezentralisierte Lösung vorzuziehen, in der eine gesellschaftlich responsive Wissenschaft gesellschaftliche Probleme identifiziert oder sie genaueren Bestimmungen und Messungen unterwirft und in der Folge dieser Bestimmungen eine Reihe von Institutionen der Kopplung zwischen Wissenschaft und den jeweils involvierten anderen Funktionssystemen entsteht. Erneut fällt an dieser Stelle auf, dass der Diskurs über große gesellschaftliche Herausforderungen die Zentralisierungseffekte überzieht und deshalb die Effektivität der Problemlösungsfähigkeit der Wissenschaft eher schwächt.

6 Der Schutz der Wissenschaft vor den Ideologien, Opportunismen und den Lobbies der Politik

Politik, gerade in demokratischen Systemen, hat oft etwas anderes zu tun, als die Probleme der Gesellschaft zu lösen. Sie will Wähler mobilisieren, sie ist auf Machtgewinn und auf Machterhaltung aus, sie will einen politischen Konkurrenten diskreditieren, und das, was sie dafür zu tun bereit ist, hat mit der Realität gesellschaftlicher Probleme vielfach wenig zu tun. Bekanntlich gibt es in den USA kaum einen Politiker in der republikanischen Partei, der die Realität des anthropogenen Klimawandels zu bestätigen bereit ist, und ein chancenreicher republikanischer Präsidentschaftskandidat hat vor wenigen Tagen zugegeben, dass er die Errichtung einer Mauer an der mexikanisch-amerikanischen Grenze immer dann fordert, wenn er spürt, dass die Aufmerksamkeit seines Wahlpublikums nachzulassen droht.⁴ Derselbe Politiker nennt für die USA Arbeitslosenziffern mal von 23%, bei anderen Gelegenheiten von 42%, während die wirkliche Quote 5% ist. Eingedenk dieser bemerkenswerten Formen der Selbstbezüglichkeit und Gesellschaftsvergessenheit der Politik liegt es nahe, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, die die Wissenschaft vor den von der Politik identifizierten gesellschaftlichen Herausforderungen auch schützen. An dieser Stelle wird es sinnvoll, über das Zusammenspiel von wissenschaftlicher Autonomie und Responsivität des Wissenschaftssystems nachzudenken, und darauf zu verweisen, dass die vielleicht wichtigste Erfindung demokratischer Politik (im Unterschied zu autoritären Systemen) darin besteht, dass Demokratien im Zeitablauf lernen, sich aus Entscheidungsbereichen auch zurückzuziehen und die Autonomie funktional spezifizierter Institutionen zu respektieren: die Autonomie der Verfassungsgerichte, der Zentralbanken, der Kunst und der Wissenschaft, also die Autonomie jener Organisationen und Funktionssysteme, die sich alle nach selbstgesetzten Regeln und auf der Basis eigener Lernprozesse responsiv zu den Problemen ihrer gesellschaftlichen Umwelten verhalten.

⁴ Donald Trump im Gespräch mit der NYT: „You know, if it gets a little boring, if I see people starting to sort of, maybe thinking about leaving, I can sort of tell the audience, I just say, ‘We will build the wall!’ and they go nuts.” (The Editorial Board, NYT, “A Chance to Reset the Republican Race”, 30.01.16).